Kleine Paschas unter Artenschutz

In der "Süddeutschen Zeitung" erschien im Mai 2025 <u>ein bemerkenswerter Text</u>, der ziemlich passend mit "**Die Geschichte eines Albtraums"** intoniert wird. Obwohl der Titel eh auch schon für sich spricht: "Wo leben wir denn?" Gute Frage. Und damit **willkommen im dunkelbunten Berlin**.

An der Carl-Bolle-Grundschule in Berlin-Moabit wird ein schwuler Lehrer von den offenbar grösstenteils muslimischen Schülern (95 Prozent haben laut Text Migrationshintergrund) drangsaliert, schreibt der Kollege von der "Süddeutschen Zeitung". Und zwar so lange, bis er wegen posttraumatischem Belastungssyndrom krankgeschrieben wird. Seine Chefs liessen und lassen den Lehrer offenbar im Stich, zumindest wollte sich auf Anfrage niemand äussern. Auch nicht, als er Folgendes schilderte: "Der Schüler, so steht es in seinen Aufzeichnungen, habe gesagt: "Du Schwuler, geh weg von hier. Der Islam ist hier der Chef."

Na servas. Und das war ja noch lange nicht alles. "Oft habe er mitbekommen, wie Väter sich beschwerten, dass Erzieherinnen oder Lehrerinnen ihrer Meinung nach "zu kurze Röcke" getragen hätten", und fragt sich nur, ob sie sich das wohl auch in ihren Heimatländern getraut hätten. Insofern schon sehr toll, diese Möglichkeit zur verbalen Freizügigkeit im Westen. Und dann stehen kleine Paschas (w/m) auch noch unter Artenschutz.

Ganz besonders speziell brachte das die grüne Abgeordnete Lamya Kaddor <u>auf X</u> zum Ausdruck. In einer Tweetreihe bringt sie unfreiwillig ziemlich gut auf den Punkt, **was in den vergangenen Jahren so schiefgelaufen ist**, daher sollte man sie einfach für sich sprechen lassen:

"Schule ist ein komplexer Raum, in dem viele Faktoren zusammenspielen und sich eben viele Kinder und Jugendliche befinden, deren Identität noch nicht so ausgereift und gewachsen ist."

"Die Schulleitung, die Elternschaft, aber auch wir als Gesamtgesellschaft haben die Aufgabe solchen Fällen entgegenzuwirken und gegen Diskriminierung strukturell anzugehen."

"Besonders beunruhigend ist es, wie reflexartig in solchen Fällen muslimische Schüler*innen zum Hauptproblem erklärt werden, als wäre Queerfeindlichkeit ein exklusives Problem der anderen."

"Diese Sichtweise **verkennt nicht nur die strukturelle Tiefe von Diskriminierung**, sondern lenkt auch bequem von der eigenen Verantwortung ab."

"Denn Queerfeindlichkeit ist kein Randphänomen, kein importierter "Kulturkonflikt", sie ist tief verwurzelt in unserer Mehrheitsgesellschaft: in Glaubensgemeinschaften, auf Schulhöfen, in Parlamenten und Redaktionsstuben."

"Wer nun mit dem Finger nur auf eine bestimmte Gruppe zeigt, bedient nicht nur rassistische Narrative, sondern verhindert auch echte Lösungen."

23.05.25 1/3

Kleine Paschas unter Artenschutz

Man könnte diese Sätze auch unter:

"Die intellektuelle Bankrotterklärung der freien Welt" abheften.

Natürlich gibt es Homophobie auch in anderen Teilen der Gesellschaft, doch das oben geschilderte Ausmass müsste an Schulen mit überwiegend christlichen oder atheistischen Schülern erst einmal nachgewiesen werden.

Es ist nachgerade faszinierend, wie angestrengt manche Politiker und sonstige Öffentlichkeitsdarsteller auch bei relativ klarer Faktenlage die Probleme bestimmter Milieus mit freiheitlichen Wert- und Moralvorstellungen durch reinen Whataboutism wegzuquatschen versuchen.

Am Ende ist es eben strukturelle Diskriminierung oder, noch beliebter, ein rassistisches Narrativ, das als eigentliches Übel vorgeschoben wird. Dabei ist es eigentlich gar nicht so komplex. Im Gegenteil, es ist eigentlich ganz einfach. Oder zweifelt jemand ernsthaft daran, wer hier Täter, und wer Opfer ist?

Viel und oft und zurecht wurde darüber geschrieben, wie sehr sogenanntes antirassistisches oder postkoloniales Denken im Clinch mit den fundamentalen Grundwerten westlicher Demokratien steht, und in diese unselige Schlange darf sich auch der schon semantisch geradezu absurde Begriff des "antimuslimischen Rassismus" (der Islam hat keine Hautfarbe) einreihen, der in den vergangenen Jahren vor allem in aktivistischen Kreisen Hochkonjunktur hatte.

Dabei braucht es Wortgrotesken wie "antimuslimischer Rassismus" doch gar nicht. Es ist mithin der Kern des westlichen Freiheitsverständnisses, dass niemand aufgrund seiner Religion, seiner Herkunft, seines Geschlechts oder seiner sexuellen Orientierung diskriminiert wird. Das gilt für alle und jeden, immer, und zwar immer auch *vice versa*. Und genau darin liegt das Problem: In den vergangenen Jahren führte eine politisch korrekt verstrahlte Toleranz dazu, der Intoleranz ein bisserl gar viel Freiraum zu ermöglichen. Natürlich alles im Namen der Diversität.

Die Ergebnisse dieser <u>selbstverschuldeten Blindheit</u> jedenfalls darf man nun täglich auf Europäischen Strassen – **oder eben in Schulen** – bestaunen. Denn die Geschichte in der "Süddeutschen Zeitung" ist nicht wegen ihrer Singularität so schrecklich, sondern deswegen, weil sie einfach ganz ausgezeichnet ins Bild passt. In derselben Woche wurde ein Mann in Berlin-Wedding zusammengeschlagen, offenbar nachdem er <u>zu Protokoll gegeben hatte</u>, **dass er Christ sei**. Parallel dazu **verzeichnete die islamistische Szene** in der Hauptstadt laut einer Analyse des Berliner Verfassungsschutzes <u>Zuwachs</u>.

Dass die Hamas in Berlin immer mehr Freunde findet, überrascht auch eher wenig, wenn man etwa zufällig an der mit "If Gaza burns, Berlin burns" beschmierten Humboldt-Universität vorbeikommt. Erst vor wenigen Tagen wurde im Rahmen einer propalästinensischen Demonstration zum "Nakba"-Gedenktag in Berlin-Kreuzberg ein Polizist schwer verletzt. Und so weiter und so weiter.

Dass sich der neue CDU-Bundeskanzler Friedrich Merz mit seinem CSU-Innenminister Alexander Dobrindt nun tatsächlich daran macht, im Rahmen seiner Möglichkeiten eine Asylwende einzuläuten, ist jedenfalls ein Schritt, um das in den vergangenen Jahren mitunter doch stärker in Mitleidenschaft gezogenen Sicherheitsgefühls nicht weniger Deutscher wieder aufzupäppeln.

23.05.25 2/3

Kleine Paschas unter Artenschutz

Immerhin waren Grenzschutz und Abschiebungen lange Zeit nicht möglich, um nicht zu sagen: nicht gewollt.

Doch sollte man darüber die freiheitsaparten Zeitgenossen, die sich längst im Land befinden (und auch nicht weggehen werden), nicht vergessen. Dabei geht es nicht nur um mehr Unterstützung für die Polizei (die freilich wichtig ist), sondern auch um das, was man im New-Management-Slang wohl *Mindset* nennen würde.

Und dazu gehören im politmedialen Betrieb eben auch diverse oft und gerne fälschlicherweise als Zivilgesellschaft bezeichnete NGOs, denen beim Kampf gegen rechts und bei der ständigen Suche nach staatlicherseits auszubügelnden Ungleichheiten

just «die Islamismusantenne» verkümmert ist.

Steuergeld und Gehör wären anderswo vermutlich etwas besser aufgehoben, in Schulen sogar ziemlich sicher. Aber vermutlich wird Dobrindt für seine Aussage, dass nur bestimmte Muslime Teil Deutschlands sind, eh auch schon vom Verfassungsschutz beobachtet.

Hat mit jeder Religion ihr ganz eigenes Problem, also Jackpot,

23.05.25 3/3